

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Sozialstaat neu denken?

Herausforderung Erderhitzung

26. Oktober 2024

Der diesjährige Hitzesommer gefolgt von einem durch Starkregen und Überflutungen geprägten Herbstbeginn macht deutlich, wie der Klimawandel die Gesellschaft mit immer größeren Risiken konfrontiert. Das betrifft auch jene öffentlichen Sicherungssysteme, die dazu da sind, Menschen vor Lebensrisiken zu schützen. Allen voran der Sozialstaat. Der traditionelle steht demnach vor der Herausforderung, sich in Richtung eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaats, der aktiv zum Klimaschutz beiträgt, zu entwickeln. Das beinhaltet auch eine Veränderung seines Verständnisses: Weg von einem Sozialstaat als reaktives Auffangnetz hin zu präventiven, investiven und partizipativen sozialstaatlichen Strukturen.

Was also sind Elemente eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaats, der dazu beiträgt, dass planetare Grenzen nicht über- und soziale Grenzen nicht unterschritten werden? Wie ließen sich entsprechende Sicherungssysteme auf der Höhe der Zeit finanzieren? Wie kann der österreichische Sozialstaat angesichts der sich zuspitzenden Situation zukunftssicher umgebaut werden bei gleichzeitig hoher Akzeptanz in der Bevölkerung?

Diesen Fragen widmen sich zwei ausgewiesene Expertinnen im Mediengespräch von *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz* aus wissenschaftlicher Perspektive.

Inputs:

[Katharina Bohnenberger](#) (Universität Duisburg/Essen): „Ökologische Sozialpolitik – Ein Klima-Update für den Sozialstaat“

[Margit Schratzenstaller](#) (WIFO): „Handlungsfelder eines ökologisch orientierten Sozialstaats“

Moderation: Danyal Maneka (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Katharina Bohnenberger

Ökologische Sozialpolitik - Ein Klima-Update für den Sozialstaat

Neue ökosoziale Risiken gefährden den sozialen Zusammenhalt.

Die Klimakrise und andere ökologische Veränderungen haben viele negative soziale Auswirkungen. Es entsteht eine neue Generation an sozialen Risiken: direkte ökosoziale Risiken, wie der Verlust des Wohnraums durch Überschwemmungen oder steigende Pflegeanforderungen durch Hitzestress, aber auch indirekte ökosoziale Risiken, wie die Teuerung bei Lebensmitteln durch Dürren und Naturkatastrophen in der landwirtschaftlichen Produktion. Traditionelle Aufgabe des Sozialstaats ist es die Bürger:innen vor sozialen Risiken zu schützen. Für die Absicherung der neuen ökosozialen Risiken gibt es bisher aber weder klare Zuständigkeiten noch institutionalisierte Formen der Absicherung (Nullmeier, 2024). Da bereits benachteiligte Personen stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, droht die fehlende Adressierung Ungleichheiten zu verschärfen und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Klima- und Umweltschutz ist vorsorgende Sozialpolitik.

Risiken vorzubeugen ist effizienter als sie eintreten zu lassen und im Nachgang auszugleichen. Dies gilt auch für ökosoziale Risiken. Die verlässlichste und effektivste Verbeugung von ökosozialen Risiken ist starker Klima- und Umweltschutz. Klima- und Umweltschutz muss dabei nicht sozial nachteilig gestaltet werden, sondern kann zugleich Träger für mehr soziale Gerechtigkeit sein. Suffizienz hat sich hierbei als besonders geeignete Strategie bewährt. Suffizienzpolitik orientiert sich am „Genug“ und zielt darauf ab, den Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen mit besonders schädlichen Umweltauswirkungen zu reduzieren (SRU, 2024). Beispielsweise kann eine effizientere Verteilung von Wohnraum den Neubaubedarf senken, indem Leerstand und Unternutzung eingedämmt und zugleich Überbelag und Wohnungslosigkeit überwunden wird.

Der Sozialstaat kann eine ökologische Transformation unterstützen.

Andersherum gilt aber auch: Der Sozialstaat wirkt als klima- und umweltpolitischer Akteur. Sozialpolitik strukturiert finanzielle und zeitliche Chancen und ermöglicht bzw. erschwert damit nachhaltige Lebens- und Arbeitsstile (Aigner et al., 2023). Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es die Hebelwirkung des Sozialstaats: Sozial-ökologische Infrastrukturen, klimafreundliche Sozialleistungen und umweltkompatible Anreize durch das Sozial- und Arbeitsrecht unterstützen eine sozial-ökologische Transformation und ermöglichen ein gutes Leben aller in planetaren Grenzen (Bohnenberger, 2022).

Vier Modi der klimasozialen Integration.

In unserer Forschung haben wir vier diskursive Modi der Verbindung klima- und sozialpolitischer Belange identifiziert (Cremer & Bohnenberger, 2024), wobei nur der transformative Modus eine vollständige Integration darstellt:

- Assoziativ: Klimaschutz darf Kennzahlen soziale Ungleichheit nicht verstärken um die Akzeptanz von Klimapolitik nicht zu gefährden.

- Kompensativ: Klimaschutz darf nur so weit gehen, dass niemand schlechter gestellt wird und der verteilungspolitische Status-Quo unverändert bleibt.
- Investiv: Klimaschutz bedarf vieler Investitionen, deren Nutzen allen Bürger:innen zu Gute kommen soll, sodass alle besser gestellt werden.
- Transformativ: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten der gleichen Medaille da beispielsweise (intersektionale) Ungleichheit ein Treiber der Klimakrise ist (Rehm et al., 2023).

Von klimasozialen Instrumenten zu ökosozialen Institutionen.

Im internationalen wissenschaftlichen Diskurs werden vielfältige Maßnahmen für eine klimasoziale Transformation erforscht, darunter eine Verkürzung der Erwerbsarbeit, vermögensbezogene Steuern oder eine sozialökologische Jobgarantie (D'Alessandro et al., 2020). Auch der geplante Klimasozialfond der EU hat zum Ziel integrierte Klimasozialpolitik in der Praxis umzusetzen. Offen bleibt jedoch die Frage einer langfristigen und vollständigen Institutionalisierung von Klimasozialpolitik. Eine Möglichkeit stellt eine Klimasozialversicherung auf nationaler oder europäischer Ebene dar, die sowohl Mechanismen zur Absicherung ökosozialer Risiken als auch zur konsequenten ökologischen Harmonisierung in allen Ressorts der Sozialpolitik umfasst (Bohnenberger & Schultheiss, 2021). Im europäischen Kontext ist Österreich mit den Konzepten zum „Ökosozialstaat“ im Sozialbericht 2024 zum Vorreiter in der systematischen Adressierung ökologischer Fragen in der Sozialpolitik aufgestiegen. Aufgabe der nächsten Regierung wird es sein, den Lösungsideen auch konkrete Umsetzungen folgen zu lassen.

Referenzen:

- Aigner, E., Görg, C., Madner, V., Novy, A., Steininger, K. W., Nabernegg, S., & Wiedenhofer, D. (2023). Kapitel 1. Einleitung: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. W. Steininger, & E. Aigner (Eds.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (pp. 173–194). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_5
- Bohnenberger, K. (2022). *Klimasozialpolitik—Welche Zukunft hat der Sozialstaat in einer Welt ökologischer Unsicherheit?* (2022/11; DIFIS Impuls). Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung.
- Bohnenberger, K., & Schultheiss, J. (2021). Sozialpolitik für eine klimagerechte Gesellschaft. In Attac, Armutskonferenz Beigewum (Ed.), *Klimasoziale Politik Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*. bahoe books.
- Cremer, J. C., & Bohnenberger, K. (2024). Ideen und Konfliktlinien im deutschen Diskurs zur Bildung von Allianzen für eine integrierte Klima- und Sozialpolitik. *Sozialer Fortschritt*, 73(6–7), 501–521. <https://doi.org/10.3790/sfo.2024.144205>
- D'Alessandro, S., Cieplinski, A., Distefano, T., & Dittmer, K. (2020). Feasible alternatives to green growth. *Nature Sustainability*, 1–7. <https://doi.org/10.1038/s41893-020-0484-y>
- Nullmeier, F. (2024). Was sind ökosoziale Risiken – und wie sind sie institutionell zu bewältigen? *Sozialer Fortschritt*, 73(6–7), 425–441. <https://doi.org/10.3790/sfo.2024.1442001>
- Rehm, M., Huwe, V., & Bohnenberger, K. (2023). *Klimasoziale Transformation—Klimaschutz und Ungleichheitsreduktion wirken Hand in Hand* (Focus Paper #6; Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft). Bertelsmann Stiftung.
- SRU. (2024). *Suffizienz als „Strategie des Genug“: Eine Einladung zur Diskussion* (Diskussionspapier März 2024). Sachverständigenrat für Umweltfragen.

Margit Schratzenstaller

Handlungsfelder eines ökologisch orientierten Sozialstaats

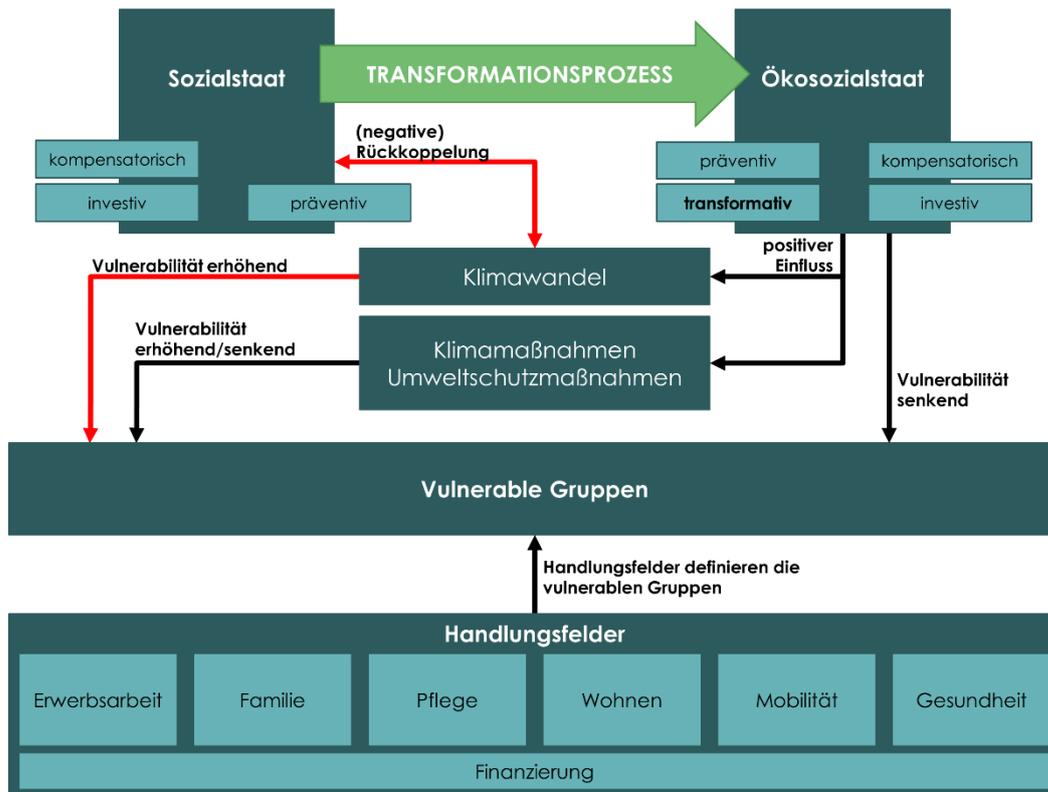
Umweltschädliche Produktions- und Lebensweisen gefährden die Erde als funktionierendes Ökosystem und damit unsere Lebensgrundlage. Steigender Ressourcenverbrauch, Hitze bzw. Extremwetterereignisse, aber auch soziale Ungleichheit sind zentrale Herausforderungen, die durch den Klimawandel verschärft werden und zu fundamentalen Änderungen unserer Gesellschaft führen. Dies erfordert auch eine Reorientierung des Sozialstaates, um diese fundamentalen Änderungen mithilfe der

Institutionen und Maßnahmen des Sozialstaates so mitzugestalten, dass die Transformation keine weiteren Verwerfungen verursacht und keine neuerlich umweltschädlichen Fehlanpassungen produziert, sondern möglichst sozial gerecht und ökologisch nachhaltig ist. Damit stellt die Forcierung bzw. Begleitung des Transformationsprozesses eine neue Aufgabe für den Sozialstaat dar. Gleichzeitig gewinnen die traditionellen Ziele, d. h. die kompensatorischen und investiven Aufgaben, an Bedeutung, da Klimaveränderungen und Umweltzerstörung hohe gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Kosten verursachen.

Abbildung 1 illustriert den Übergang vom klassischen zum ökologisch nachhaltigen Sozialstaat durch strukturelle Veränderungen in verschiedenen Handlungsfeldern.

Ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat könnte sich grundsätzlich an dem Ziel ausrichten, allen Menschen, einschließlich künftiger Generationen, die Chance zu bieten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ohne dabei die Grundlagen ihres eigenen Lebens oder das Leben anderer zu gefährden. Ökologische Nachhaltigkeit ist eine neue Zielorientierung in der Ausrichtung der institutionellen Sozialstaatsstrukturen. Die Klimakrise betrifft unmittelbar die Lebensgrundlage der Menschen (Ernährung, Wohnen, Gesundheit etc.) und auch klimapolitische Maßnahmen adressieren zu einem großen Teil lebensnotwendige Güter wie Wärme, Energie, Lebensmittel etc. Die neuen sozialen „Klimarisiken“ sind in eine zukunftsorientierte, ökologisch sensible Sozialstaatsarchitektur einzubauen. Das bedeutet, dass eine ökologisch nachhaltige Sozialpolitik jedenfalls so ausgestaltet sein muss, dass einerseits die sozialen Auswirkungen des Klimawandels sowie der Klimapolitik abgefedert und andererseits die klimaschädlichen Auswirkungen der Sozialpolitik verringert werden, sodass der Sozialstaat neben anderen relevanten Politikbereichen (Verkehrspolitik, Wohnpolitik, Infrastrukturpolitik etc.) auch einen Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation leistet. Zudem ist es von zentraler Bedeutung, die Budget- und Steuerpolitik mit den Zielen eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaats zu koordinieren.

Abbildung 1: Vom traditionellen zum ökologisch nachhaltigen Sozialstaat



Quelle: WIFO-Darstellung.

Referenz:

Andrea Egger, Claudia Liebeswar, Wolfgang Mayer, Julia Bock-Schappelwein, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Angela Köppl, Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller, Ökosozialstaat – Handlungsfelder eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaats, in: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Hrsg.), Sozialbericht 2024, Band II: Sozialpolitische Analysen, Wien, 2024, S. 99-173.

Über die Expert*innen

[Katharina Bohnenberger](#) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozioökonomie der Universität Duisburg-Essen und Koordinatorin des Forschungsfeld „Sozialpolitik und ökologische Nachhaltigkeit“ am Deutschen Institut für interdisziplinäre Sozialpolitikforschung. Sie studierte Sozialpolitik (M.A.) und Philosophy & Economics (B.A.) und wurde zum Thema „Welfare states within planetary boundaries: Essays on ecological work and social policy“ promoviert. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Ökologische Sozialpolitik, Sozial-ökologische Transformation und Suffizienzstrategien, Wohlfahrtsstaaten und sozialpolitische Interessenvertretungen als change agents. Email: Katharina.Bohnenberger@uni-due.de

[Margit Schratzenstaller](#) ist Ökonomin (Senior Economist) und arbeitet seit 2003 in der Forschungsgruppe "Makroökonomie und öffentliche Finanzen" des WIFO. Sie war Stellvertretende Leiterin 2006/2008 sowie 2015/2019. Margit Schratzenstaller ist Mitglied im Österreichischen Fiskalrat, Vorstandsmitglied der ÖGfE – Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, Mitglied des Advisory Boards Wissenschaft (ABW) des Wiener Klimarates und des Kuratoriums des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Sie

arbeitet zu Fragen der (europäischen) Steuer- und Budgetpolitik, EU-Budget, Steuerwettbewerb und Steuerharmonisierung sowie Ökologisierung der Öffentlichen Finanzen.

Email: margit.schratzenstaller-altzinger@wifo.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Danyal Maneka

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 30 112 73

E: maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Helena Ott

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 33 145 16

E: ott@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>